

Rede zum Haushaltssicherungsplan HSP, Ratssitzung vom 28. Juni 2012. Fritz Beinersdorf,

Fraktion DIE LINKE

(Unkorrigiertes Manuskript)

Sperrfrist 28. Juni, 15:00 Uhr, es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
meine sehr geehrte Damen und Herren.

Was uns hier mit dem Haushaltssicherungsplan als geschichtliche Chance aufgetischt wird, lässt einem das Mark in den Knochen gefrieren.

Remscheid wird kaputtgespart – die Lebensqualität sinkt, und wird weiter dramatisch sinken.

Den Haushaltssanierungsplan den die Verwaltung vorgelegt hat, und die Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge der anderen Fraktionen kann die Fraktion DIE LINKE im wesentlichen nur ablehnen!

Ich möchte mich nun dem Stärkungspakt Stadtfinanzen, der Grundlage des HSP zuwenden:

Das 9,8-Millionen-Geschenk des Stärkungspaktes ist nur der Tortenguss, in dem die bitteren Pillen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt versteckt sind. Diese Pillen heißen:

- Weiterer Sozialabbau
- Ein zeitlich erweitertes Dilemma beim U3 Ausbau
- Weiterer Personalabbau, die Entkernung der Verwaltung ist bald erreicht und dann geht in den bürgernahen Diensten nichts mehr
- Weitere Preis- und Gebührenerhöhungen
- Kultureller Kahlschlag
-

Sicher, mit den jährlich 9,8 Millionen aus dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ erkennt die Landesregierung an, dass Remscheid nicht selbst die Schuld an der Finanzmisere trägt. Die Schuldigen an dieser Misere sind die SPD/Grüne/CDU/FDP-Bundesregierungen, die mit immer neuen Steuersenkungen für die Reichen und großen Konzerne Kommunen wie Remscheid finanziell ausgetrocknet haben.

Ich habe an dieser Stelle mehrfach die Beträge genannt die die den Kommunen verloren gegangen sind durch über 60 Steuerrechtsänderungen seit der Regierungsübernahme durch die Schröder Fischer Regierung, bis jetzt zu schwarz- gelb mit Frau Merkel.

Ich möchte Sie nicht mit den Zahlen quälen, aber wer gerne gequält werden möchte, bitte.

Nur soviel:

„Statt mit Steuergeschenken die Einnahmen von Land und Kommunen zu verringern, muss der Bund endlich seine Verantwortung für die aufgaben adäquate Finanzierung seiner Entscheidungen gegenüber den Städten und Gemeinden übernehmen.“

Dies sind die Zeilen 6593 bis 6595 der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und GRÜNEN in NRW.

Dies ist eine richtige Feststellung und ich würde mir wünschen dass man das in Berlin nicht nur registriert sondern auch in konkrete politische Aktivität umsetzt.

Aber auch hier gilt wahrscheinlich dass die Hoffnung zuletzt stirbt.

Es ertönt aber derweil ein Jauchzen und Frohlocken aus Berlin.

Die Länder haben sich ihre Zustimmung zum Fiskalpakt abringen lassen und dafür fließt bares an die Kommunen. 580 Millionen Euro zusätzlich für den Kitausbau und eine Beteiligung des Bundes an den Eingliederungsbeihilfen für Behinderte. Zugeständnisse die im kommenden Jahr mit etwas mehr als einer Milliarde Euro zu Buche schlagen könnten.

Aber gemacht, das Geld muss der Bund ja irgendwo gegenfinanzieren... und da haben wir es, im Gegenwert der Zugeständnisse werden durch Bund und Länder am Kapitalmarkt Anleihen platziert, es gibt also Schulden zwar auf einer anderen Ebene und in einer anderen Form, aber es sind Schulden.

DIE LINKE will deshalb im Bund eine Vermögenssteuer wieder einführen in der Form der Millionärssteuer. Der Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer muss erhöht werden und endlich eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

Die Hilfe zur Selbsthilfe, als die der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ gedacht war, weckt Illusionen, erinnert mich an den Baron von Münchhausen, wie der sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf gezogen haben soll. Das war ein Lügenmärchen, ebenso ist es ein Märchen zu glauben dass Remscheid sich selbst aus dem Schuldensumpf ziehen könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein ausgeglichener Haushalt ändert noch nichts an den Altschulden und den dafür nötigen Zinszahlungen. Die Verpflichtung, den Haushalt auszugleichen, bleibt auch dann, wenn die kalkulierten Einnahmen ausbleiben. Dann muss weiter gekürzt werden.

Dieser Stärkungspakt Stadtfinanzen und der dadurch verursachte Haushaltssanierungsplan können uns nicht überzeugen. Dieser Haushaltsplan unterstellt ein jährliches Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent, aber der Durchschnitt der letzten 10 Jahre betrug laut statistischem Bundesamt nur 0,9 Prozent. Er fußt also auf Annahmen, die den statistischen Erkenntnissen über die wirtschaftlichen Zuwächse widersprechen. Dieser Haushaltsplan unterstellt eine jährliche Lohnsteigerung, die unter der Inflationsrate liegt. Er fußt also auf Annahmen, die den Verzicht der Beschäftigten auf attraktive Arbeit und angemessene Entlohnung als Geschäftsgrundlage einpreisen.

Dieser Haushaltsplan unterstellt nicht zuletzt Kürzungen von über 40 Millionen Euro im Sozialbereich. Er fußt auf der Annahme, dass qualitativ hochwertige Sozialarbeit für immer mehr Menschen mit immer weniger Personal ausgestaltet werden könnte.

Die Stadtspitze und die anderen Fraktionen hier im Rat gehen trotz dieser Unterstellungen, auf denen der Haushaltssanierungsplan basiert, davon aus, dass Remscheid 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen könnte. Von den Altschulden ist dabei keine Rede.

Auch nach eigenen Angaben der Kämmerei und sehr optimistischen Unterstellungen ist die Stadt 2021 – wenn die Landeshilfe ausgelaufen ist – immer noch mit 600 Mio Euro überschuldet.

Auch über 2021 hinaus wird Remscheid weiter Schulden aufnehmen müssen, um die Zinsen für die Altschulden tilgen zu können. Das wird für die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft weitere Einschränkungen und Kürzungen an der Lebensqualität in dieser Stadt bedeuten. Sie werden auch in der näheren und weiteren Zukunft die VerliererInnen sein, aber die Banken werden weiterhin an Remscheid verdienen.

So wird es auch in Zukunft keine wirkliche kommunale Selbstbestimmung geben. So wird Remscheid der kommunalen Daseinsvorsorge nicht nachkommen können.

Die Verwaltung des Mangels wird noch stärker als bisher zum Prinzip kommunaler Politik werden.

Die Alternative der LINKEN zur Verwaltung des Mangels heißt Demokratische Mitbestimmung, die Herrschaft der Mehrheit.

Diese Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will ein lebens- und liebenswertes Remscheid. Aber die Gestaltungsmehrheit ist nicht bereit oder in der Lage den Dialog darüber zu führen, wie eine lebenswerte Stadt aussehen könnte und welche Bedingungen dafür verwirklicht werden müssten.

Die Stadtspitze sammelt stattdessen Kürzungs-Kommentare im Internet. Dies ist keine Demokratie und schon gar keine kommunale Selbstbestimmung, wenn wir nur noch darüber abstimmen sollen, ob wir uns mit der Geflügelschere die Zehen am linken oder am rechten Fuß amputieren möchten. Es ist keine

Demokratie, über einen Haushaltsicherungsplan abzustimmen, der den Bürgern verheimlicht, was passiert, wenn die unrealistischen Annahmen auf denen der Entwurf basiert verfehlt werden und dann weiter gekürzt werden wird.

Nach diesen prinzipiellen Ausführungen einige Anmerkungen zu Maßnahmen des HSP:

Maßnahme 18.

Die Ursprüngliche Überschrift wurde geändert. Statt Kündigung des Gesellschaftervertrages Bergische Sinfoniker, heißt es in der neuen Fassung Reduzierung des Betriebskostenzuschusses der Stadt Remscheid an die Bergischen Sinfoniker - Orchester der Städte Remscheid und Solingen.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses habe ich gesagt, dass dies ein Konkurs der GmbH durch die kalte Küche wäre. In der anschließenden Sitzung des Ältestenrates haben mich die Ausführungen des Wirtschaftsprüfers, Herrn Daum, in meiner Auffassung bestätigt. Die Maßnahme wird unsere Zustimmung nicht erhalten.

Meine Damen und Herren, wenn wider Erwarten am Ende des Jahres die Symphoniker doch noch gerettet werden sollten dann nicht wegen Remscheid sondern trotz Remscheid.

Zur Maßnahme 19, Schließung der Galerie.

Unabhängig von dem großen Verlust für den Kulturbetrieb Remscheids und des Bergischen Landes, Herr Peiseler von der Morgenpost hat das trefflich beschrieben und ich werde mir hier ersparen seine Äußerungen zu wiederholen.

Unabhängig davon dass eine Vermarktung dieser Immobilie so gut wie unmöglich ist, daran ändern auch die verschwurbelten Ausführungen in der Beschreibung der Maßnahme nichts, gemeint sind

Umnutzungsanalyse, Marktrecherche- Marktpotential etc. besteht zu den Mindestaufwendungen für den Unterhalt ohne Galeriebetrieb in Höhe von 17.800 Euro ja auch ein Investitionsstau in der Größenordnung von locker 500 Tsd. Euro, der nicht berücksichtigt worden ist und die 90 000 Euro Rückzahlungsverpflichtung sind da, ob wir das verhandeln wollen oder nicht.

Mein worst case für dies Gebäude sieht so aus, das wir ca. im Jahre 2021 oder 25 ein verfallendes Gebäude im Stadtkern haben werden das kein Investor der Welt kaufen möchte, so ähnlich wie die Parkpalette in Lennep.

Die Streichung der Zuschüsse an das WTT und die Reduzierung des Aufwands für Schulaufführungen Maßnahme 21, zeigt besonders gut welchen geringen Stellenwert Kultur für bestimmte politische Kräfte in dieser Stadt hat. Man gibt dem WTT den Todesstoß, was anderes sind die Streichungen und Reduzierungen nicht, und verspricht dann mit treuem Augenaufschlag dass man sich im Land für das WTT verwenden wolle.

Nun zu Maßnahme 23, Begrenzung der Transferaufwendungen, in der Erstfassung Begrenzung der Transferaufwendungen durch Einsatz und Entwicklung von Präventionsketten.

Mein Damen und Herren, wir alle freuen uns wenn es weniger Arbeitslose gibt, wir alle freuen uns wenn es weniger Leistungsbezieher gibt, allerdings sind die Annahmen über die Entwicklung in diesem Bereich nicht richtig. Wir verzeichnen zwar weniger Arbeitslose, aber viele die wieder in Arbeit sind sind es zu Niedriglöhnen und sind auf das Aufstocken durch Leistungen nach SGB angewiesen.

Die Risiken der Entwicklung auf bestimmten Gebieten sind allerdings richtig angesprochen, z.B, konjunkturelle Schwankungen am Arbeitsmarkt oder die Entwicklung der Energiepreise.

Wir sind der Meinung dass man Präventionsketten sehr wohl ausbauen und generieren muss, aber dazu muss man investieren und nicht einsparen, diese Maßnahme findet unsere Zustimmung nicht.

Zu den Erhöhungen der verschiedenen Steuern soviel, eine Erhöhung der Grundsteuer lehnen wir ab, weil das zu Mietsteigerungen führt, Mobilfunkmastensteuer muss man probieren, die Gewerbesteuererhöhung tragen wir mit machen aber den Vorschlag darüber nachzudenken ob es nicht besser ist für diese Steuer einen einheitlichen Satz in den Kommunen eines Landes zu nehmen, denn die Unterschiede in den Hebesätzen sind immens und führen zu einem Wettbewerb zwischen den Kommunen, zu Lasten der ärmeren Kommunen.

Zur Hundesteuer, resp. einem Aspekt dieser Steuer liegt ihnen ein Antrag unserer Fraktion vor, da können sie alles nachlesen, was ich ihnen hier sonst erzählen würde. Ich möchte Sie alle aber an drei Worte erinnern die wir viele male gehört haben: „Vom Munde abgespart“. Diese Worte haben wir gehört als es um die Pferdesteuer ging, die nun nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Mir scheint Pferde haben eine größere Lobby als Empfänger von Leistungen nach Hartz IV.

Zum Abschluss noch ein paar wenige Worte zur Sogenannten Bürgerbeteiligung.

„Na ja, da ist es so wie in der großen Politik, keine Krähe hackt der anderen ein Auge aus.“

Zitat aus S. 42., Remscheider Bürger am 5. Juni 2012

Aus diesem Zitat spricht ein sehr großes Misstrauen gegen die Politik in dieser Stadt. An sehr vielen Stellen kann man dies Misstrauen spüren insgesamt erscheint es mir so, dass bei vielen Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl vorherrscht, die im Rathaus machen so wie so was sie wollen.

Die jüngsten Ereignisse über den Beschluss zum Bebauungsplan Evang Straße sind eine der realen negativen Aktivitäten der die Menschen in unserer Stadt in ihrer Negativmeinung zu Politik und Verwaltung bestärkt.

Wir dürfen uns nicht wundern wenn die Politik – Verdrossenheit in unserer Stadt weiter zunimmt, dann sind wir alle Schuld daran.

DIE LINKE fühlt sich ihrem Kommunalpolitischen Programm von 2009 verpflichtet und wird keinem Kultur- und Sozialabbau zustimmen. Deshalb findet dieser Haushaltsicherungsplan nicht unsere Zustimmung.